

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

22. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 14. März 1969

Nummer 38

Die Auslieferung des Ministerialblattes Nr. 37 verzögert sich um einige Tage. Es wird gebeten, von Nachfragen abzusehen.

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
203207	20. 2. 1969	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Zuständigkeiten nach dem Landesumzugskostengesetz im Geschäftsbereich des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	458
2231	20. 1. 1969	RdErl. d. Kultusministers Zur Ersten Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Zuschußgewährung an Volkshochschulen und entsprechende Volksbildungseinrichtungen vom 10. März 1953 (GS. NW. S. 440) vom 16. Juni 1954 (GS. NW. S. 441); Neufestsetzung der Höchstsätze	458
9211	13. 2. 1969	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Anlage und Verwendung von Prüfhöfen	459

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Titel	Seite
13. 2. 1969	Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Bek. — Bekanntmachung nach der Wirtschaftsprüferordnung	459
31. 12. 1968	Kultusminister RdErl. — Festsetzung der Stellenbeiträge gem. § 4 Abs. 2 SchFG für das Rechnungsjahr 1969	460
	Personalveränderungen Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	461
	Hinweis Inhalt des Amtsblattes des Kultusministeriums Land Nordrhein-Westfalen Nr. 1 — Januar 1969	462

I.

203207

**Zuständigkeiten
nach dem Landesumzugskostengesetz
im Geschäftsbereich des Ministers
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 20. 2. 1969 — I B 2 — 08.81 — 6 E/69

1. Zuständig für die Zusage der Umzugskostenvergütung (§ 2 BUKG) an Beamte sind
 - 1.1 der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für die Beamten seiner Behörde, für die Leiter der ihm unmittelbar nachgeordneten Behörden und Einrichtungen sowie für die Beamten der in Nummern 1.2 bis 1.4 nicht genannten Behörden und Einrichtungen des Geschäftsbereichs,
 - 1.2 die Landesämter für Flurbereinigung und Siedlung für die Beamten der Landesämter und der Ämter für Flurbereinigung und Siedlung,
 - 1.3 das Landesamt für Ernährungswirtschaft, das Forsteinrichtungsamt, das Nordrhein-Westfälische Landgestüt, die Forschungsstelle für Grünland und Futterbau und die Landesanstalt für Gewässerkunde und Gewässerschutz für die Beamten ihrer Behörden (Einrichtung),
 - 1.4 die Regierungspräsidenten
 - 1.41 für die Beamten ihrer Behörde,
 - 1.42 für die Beamten der Staatlichen Veterinäruntersuchungsämter, der Wasserwirtschaftsämter, der Staatlichen Forstämter, der Waldarbeitsschule und der Jugendwaldheime.
2. Für die Zusage der Umzugskostenvergütung an Ruhestandsbeamte, frühere Beamte und Hinterbliebene (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 bis 6 LUKG) gelten die Nummern 1.1 bis 1.4 entsprechend.
3. Die Anerkennung einer Wohnung als vorläufige Wohnung (§ 12 BUKG) wird von der Behörde (Einrichtung) ausgesprochen, die für die Zusage der Umzugskostenvergütung nach den Nummern 1.1 bis 1.4 zuständig ist.
4. Die Umzugskostenvergütung wird von der Beschäftigungsstelle bzw. letzten Beschäftigungsstelle (§ 2 Abs. 6 BUKG) festgesetzt und zur Zahlung angewiesen, sofern ihr entsprechende Haushaltsmittel zur Bewirtschaftung zugewiesen sind, andernfalls von der Dienststelle, die diese Haushaltsmittel bewirtschaftet.

— MBl. NW. 1969 S. 458.

2231

**Zur Ersten Verordnung
zur Ausführung des Gesetzes über die
Zuschußgewährung an Volkshochschulen
und entsprechende Volkshochschuleinrichtungen
vom 10. März 1953 (GS. NW. S. 440)
vom 16. Juni 1954 (GS. NW. S. 441)
Neufestsetzung der Höchstsätze**

RdErl. d. Kultusministers v. 20. 1. 1969 —
V B 2 — 21—2 — 1918/68

Im Einvernehmen mit dem Finanzminister habe ich die Höchstsätze für zuschufähige Personalausgaben sowie für Sach- und allgemeine Ausgaben mit Wirkung vom 1. 1. 1969 neu festgesetzt.

Die Abschnitte I und II meines RdErl. v. 31. 1. 1959 (SMBl. NW. 2231) erhalten folgende Fassung:

- I. Höchstsätze für zuschufähige Personalausgaben (§ 6 Abs. 4 AVO):

1. **Titel 112: Vergütung für nebenamtliche und neben-geschäftliche Tätigkeit**

- | | |
|---|----------|
| a) Nebenamtliche Leitung monatlich bis zu | 350,— DM |
| b) Einzelvorträge bis zu | 180,— DM |
| c) Leitung von Arbeitsgemeinschaften je Doppelstunde bis zu | 36,— DM |

- II. Höchstsätze für zuschufähige Sach- und allgemeine Ausgaben (§ 7 Abs. 1 bis 4 AVO):

Unter Beachtung der Vorschriften des § 7 Abs. 1 bis 4 AVO dürfen im einzelnen höchstens folgende Beträge in der Nachweisung über das Abschlußergebnis für das Rechnungsjahr berücksichtigt werden:

1. **Titel 200: Verwaltungskosten (Geschäftsbedürfnisse, Postgebühren, Reisekosten, Unterhaltung und Ergänzung der Geräte und Ausstattungsgegenstände)**

- | | |
|---|------------|
| a) Bei Abendvolkshochschulen und entsprechenden Volksbildungseinrichtungen bis zu 10 allgemeinbildenden Kursen | 2 100,— DM |
| b) Bei Abendvolkshochschulen und entsprechenden Volksbildungseinrichtungen von 11 bis 50 allgemeinbildenden Kursen | 3 150,— DM |
| c) Bei Abendvolkshochschulen und entsprechenden Volksbildungseinrichtungen von 50 bis 100 allgemeinbildenden Kursen | 4 200,— DM |
| d) Bei Abendvolkshochschulen und entsprechenden Volksbildungseinrichtungen über 100 allgemeinbildende Kurse | 5 775,— DM |
| e) Bei Heimvolkshochschulen | 5 775,— DM |

2. **Titel 204: Unterhaltung der Gebäude und Nebenanlagen**

- | | |
|----|------------|
| a) | 550,— DM |
| b) | 1 100,— DM |
| c) | 2 750,— DM |
| d) | 4 400,— DM |
| e) | 6 600,— DM |

3. **Titel 206: Bewirtschaftung der Grundstücke und Räume**

Bei dieser Zweckbestimmung sind die tatsächlichen Ausgaben einzusetzen.

4. **Titel 226: Dozentenfortbildung**

- | | |
|----|------------|
| a) | 220,— DM |
| b) | 550,— DM |
| c) | 880,— DM |
| d) | 1 320,— DM |
| e) | 880,— DM |

5. **Titel 299: Vermischte Verwaltungsausgaben**

- | | | |
|----|-------------|---|
| a) | 1 650,— DM | Darüber hinaus dürfen zusätzliche Ausgaben für den Druck von Vorlesungsverzeichnissen in Höhe der Einnahmen bei Titel 7 geleistet werden. |
| b) | 7 700,— DM | |
| c) | 9 900,— DM | |
| d) | 13 200,— DM | |
| e) | 8 800,— DM | |

- III. Höchstsätze für zuschufähige Allgemeine Ausgaben (§ 7 Abs. 5 AVO):

1. **Titel 300: Zeitschriften sowie Lehr- und sonstige Unterrichtsmittel (einschl. Verwaltungsbücherei)**

- | | |
|----|------------|
| a) | 1 100,— DM |
| b) | 1 650,— DM |
| c) | 2 530,— DM |
| d) | 2 750,— DM |
| e) | 2 750,— DM |

2. Titel 324 b: Studienfahrten

- a) 550,— DM
- b) 1 100,— DM
- c) 1 650,— DM
- d) 2 200,— DM
- e) 2 200,— DM

3. Titel 325: Fahrtkosten für Teilnehmer

Es ist der Betrag aufzuführen, der vom Unterhaltsträger für die Erstattung der Fahrtkosten an Lehrgangsteilnehmer aufgebracht wird. Berücksichtigt werden die Fahrtkosten II. Klasse (Rückfahrkarte) vom Wohnort zum Lehrgangsort.

4. Titel 435: Verpflegungskosten

Für jeden Teilnehmer 8,40 DM täglich.

Die Gesamtanforderung für den Staatszuschuß bitte ich in der bisherigen Form bis zum 1. Juli eines jeden Jahres in dreifacher Ausfertigung, aufgeschlüsselt nach Abendvolkshochschulen, Heimvolkshochschulen und entsprechende Volksbildungseinrichtungen, vorzulegen. Der Endbetrag des Staatszuschusses ist bei jeder Einrichtung auf volle 50,— DM aufzurunden.

— MBl. NW. 1969 S. 458.

9211

Anlage und Verwendung von Prüfhöfen

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr vom 13. 2. 1969 — V.1 51—06.2 — 10.69

In Orten mit großer Verkehrsdichte bereitet es erhebliche Schwierigkeiten, im Verlaufe einer Prüfungsfahrt zur Erlangung einer Fahrerlaubnis der Klasse 3 die vier vorgeschriebenen Grundübungen (Anfahren am Berg, Wenden, Einparken in eine Parklücke und Rückwärtsfahren in eine Seitenstraße) ohne starke Behinderung des fließenden Verkehrs durchzuführen. Im Interesse der Verkehrssicherheit darf aber auf diese Grundübungen während der Prüfungsfahrt nicht verzichtet werden.

Es erweist sich deshalb als notwendig, daß in Verkehrszentren die Grundübungen abseits des stark beanspruchten Verkehrsraums durchgeführt werden. Soweit verkehrsgerecht angelegte Prüfhöfe hierfür zur Verfügung stehen, habe ich keine Bedenken, diese im Verlaufe der Prüfungsfahrt für die Durchführung der Grundübungen zu benutzen. Daneben können weitere Aufgaben der Prüfungsfahrt, die ein Zusammenspiel mit anderen Verkehrsteilnehmern nicht erfordern, wie z. B. Einschalten von Fern- und Abblendlicht und Betätigung des Scheibenwischers sowie die Einstellung des Fahrersitzes und der Rückspiegel, zu Beginn der Prüfungsfahrt auf Prüfhöfen durchgeführt werden.

Werden Prüfhöfe bei der Prüfungsfahrt in Anspruch genommen, so hat das für alle gleichen Prüfungsort durchgeführten Fahrprüfungen derselben Fahrerlaubnisklasse zu geschehen.

Prüfhöfe gelten als verkehrsgerecht angelegt, wenn sie dem für die Durchführung der Grundübungen üblicherweise benutzten öffentlichen Verkehrsraum entsprechend nachgebildet sind.

Für die einzelnen Übungen müssen die Anlagen der Prüfhöhe folgendermaßen ausgestattet sein:

1. Anfahren am Berg

- 1.1 Steigung 8 bis 10 ‰
- 1.2 Länge der Steigung mindestens 8 m
- 1.3 Breite der Fahrbahn mindestens 4 m
- 1.4 Rampen, Brücken oder Wippen sind nicht zulässig

2. Einparken in eine Parklücke längs der Bordsteinkante

- 2.1 Länge der Parklücke 8 m zwischen 2 Kraftfahrzeugen. Das vordere Kraftfahrzeug kann durch eine Silhouette eines Kraftfahrzeuges ersetzt werden, das hintere durch ein Gitter.
- 2.2 Länge der Einlaufstrecke mindestens 9 m
- 2.3 Bordsteinhöhe 12 bis 15 cm

3. Wenden zwischen den Bordsteinkanten

- 3.1 Nutzbare Breite der Fahrbahn zwischen den Bordsteinkanten mindestens 7 m
- 3.2 Länge der Fahrbahn mindestens 10 m
- 3.3 Höhe der Bordsteinkante 12 bis 15 cm

4. Rückwärtssetzen in eine Seitenstraße

- 4.1 Winkel zwischen den Bordsteinkanten ca. 90°
- 4.2 Länge der Auslaufstrecke mindestens 15 m
- 4.3 Abrundungsradius ca. 3 m
- 4.4 Bordsteinhöhe 12 bis 15 cm.

— MBl. NW. 1969 S. 459.

II.**Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr****Bekanntmachung
nach der Wirtschaftsprüferordnung**

Bek. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 13. 2. 1969 — III. B 2 — 71 — 60

Auf Grund des § 42 des Gesetzes über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung) vom 24. Juli 1961 (BGBl. I S. 1049) wird bekanntgemacht:

1. Als Wirtschaftsprüfer sind öffentlich bestellt worden:

am 19. Dezember 1968

Hans Dornseif, Münster/Westf.

am 20. Dezember 1968

Rechtsanwalt Dr. Dieter Fervers, Solingen
Dipl.-Kfm. Dr. Hans Günther Herfort, Köln

am 13. Januar 1969

Dipl.-Kfm. Dr. Heinz Bolsenkötter, Düsseldorf
Dipl.-Kfm. Ferdinand Groß-Börling, Solingen
Dipl.-Kfm. Gerd Pötting, Düsseldorf
Dipl.-Kfm. Wolfgang Sauerland, Köln

am 15. Januar 1969

Dipl.-Kfm. Heinzgeorg Leopold, Düsseldorf
Dipl.-Kfm. Hans Bernd Röttgermann, Bonn
Dipl.-Kfm. Dr. Alois Schuchart, Recklinghausen
Dipl.-Kfm. Hans Peter Svensson, Düsseldorf
Dr. jur. Kurt Wenders, Düsseldorf

am 16. Januar 1969

Dipl.-Kfm. Josef Bergmann, Bonn
Dipl.-Kfm. Josef Demmer, Köln
Dipl.-Kfm. Hans Mehrhoff, Köln
Dipl.-Kfm. Hans Adolf Weyershaus, Düsseldorf

am 31. Januar 1969

Dipl.-Kfm. Dr. Richard Dirkmann, Neviges
Dipl.-Kfm. Helmut-Tony Dolff, Dürscheven

am 13. Februar 1969

Heinz Pilarski, Düsseldorf

2. Die nachstehenden öffentlichen Bestellungen als Wirtschaftsprüfer sind erloschen:

am 1. Januar 1969, durch Verzicht

Dr. Dr. Jörg Bankmann, Düsseldorf

am 4. Februar 1969, durch Verzicht

Dipl.-Kfm. Hans Leyendecker, Wuppertal

3. Als Wirtschaftsprüfungsgesellschaften wurden anerkannt:

am 19. Dezember 1968

Dr. Tibio Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H., Krefeld

am 30. Dezember 1968

Rhein-Ruhr-Treuhand Gesellschaft m.b.H. Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Duisburg.

— MBl. NW. 1969 S. 459.

Kultusminister

**Festsetzung
der Stellenbeiträge gem. § 4 Abs. 2 SchFG
für das Rechnungsjahr 1969**

RdErl. d. Kultusministers v. 31. 12. 1968 —
Z A 1 — 11 — 05/3 — 127/69

Auf Grund des § 4 Abs. 2 SchFG setze ich im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Innenminister für das Rechnungsjahr 1969 den Stellenbeitrag je Lehrerstelle für die von den Gemeinden oder Gemeindeverbänden getragenen öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen wie folgt fest:

Kapitel / Schulform	Vorläufiger Stellenbeitrag 1969 gem. § 4 Abs. 2 SchFG				
	Mehrstellen- beitrag (§ 3 Abs. 2 Buchst. d SchFG)	Normalstellenbeitrag (... v. H. von Sp. 2 nach § 3 Abs. 2 Buchst. b und c SchFG)			
		22 v. H.	25 v. H.	28 v. H.	35 v. H.
	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
05 34 — Nichtstaatliche öffentliche Gymnasien	30 895	6 797	7 724	8 651	10 813
05 35 — Öffentliche Realschulen	28 589	6 290	7 147	8 005	10 006
05 37 — Öffentliche Volksschulen	29 058	—	7 265	—	—
05 44 A — Nichtstaatliche öffentliche Höhere Fach- schulen und Ingenieurschulen für Textilwesen	34 132	7 509	8 533	9 557	11 946
05 44 B — Nichtstaatliche öffentliche Fachschulen	17 796	3 915	4 449	4 983	6 229
05 45 — Nichtstaatliche öffentliche Berufsfachschulen	21 026	4 626	5 257	5 887	7 359
05 46 — Nichtstaatliche öffentliche Berufsschulen	31 272	—	7 818	—	—
05 47 B — Nichtstaatliche öffentliche Kollegs — Institute zur Erlangung der Hochschulreife	25 848	5 687	6 462	7 237	9 047

Die von den Schulträgern auf Grund der Heranziehungsbescheide für das Jahr 1969 monatlich zu leistenden Stellenbeiträge sind auch über das Jahresende 1969 hinaus bis zum Erhalt eines neuen Bescheides für das Jahr 1970 monatlich im voraus weiterzuzahlen. Mehr- oder Minderbeträge sind von den Schulträgern bei der ersten Zahlung nach dem Bescheid für das Jahr 1970 auszugleichen.

— MBl. NW. 1969 S. 460.

Personalveränderungen**Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten****Ministerium**

Es sind ernannt worden:

Ministerialrat K. Harter zum Leitenden Ministerialrat
Oberregierungsrat H. Drees zum Regierungsdirektor
Oberforstmeister Dipl.-Forstwirt H. Hochhäuser zum Landforstmeister

Oberregierungsrat Dipl.-Landwirt Prof. Dr. G. Vogel zum Regierungsdirektor

Oberregierungsrat Dipl.-Landwirt Dr. H. Wiedemeyer zum Regierungsdirektor

Regierungsrat G. Pientak zum Oberregierungsrat

Amtsrat H. Beyer zum Regierungsrat

Amtsrat K. Danner zum Forstmeister

Es sind in den Ruhestand getreten:

Ministerialdirigent Dipl.-Landwirt A. Feuerhake

Leitender Ministerialrat W. Scheerer

Nachgeordnete Behörden

Es sind ernannt worden:

Landesamt für Ernährungswirtschaft Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Oberregierungsrat W. Hessing zum Regierungsdirektor

Regierungspräsident — Aachen —

Forstassessor Dipl.-Forstwirt B. Pagenstert zum Forstmeister

Regierungspräsident — Arnsberg —

Forstmeister Dipl.-Forstwirt F. Kötter zum Oberforstmeister

Oberforstmeister beim Gemeindeforstamtsverband Arnsberg Dipl.-Forstwirt G. van Gember unter Übernahme in den Landesdienst zum Oberforstmeister

Regierungspräsident — Düsseldorf —

Regierungsbaurat Dipl.-Ing. Dr.-Ing. H. Massing zum Oberregierungs- und -baurat

Regierungspräsident — Köln —

Forstassessor Dipl.-Forstwirt G. Naumann zum Forstmeister

Landesamt Nordrhein für Flurbereinigung und Siedlung — Düsseldorf —

Regierungsrat G. Huber zum Oberregierungsrat

Landesamt Westfalen für Flurbereinigung und Siedlung — Münster —

Oberregierungsrat G. Terhardt zum Regierungsdirektor

Regierungsrat H. Gerdorn zum Oberregierungsrat

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Aachen —

Regierungsrat A. Dreibold zum Oberregierungsrat
Regierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. F.-M. Feinen zum Oberregierungsvermessungsrat

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Bielefeld —

Regierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. F. Danzebrink zum Oberregierungsvermessungsrat

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Düsseldorf —

Oberregierungsrat H.-J. Basten zum Regierungsdirektor — nach Versetzung vom Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Bonn —

Regierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. N. Schmidt zum Oberregierungsvermessungsrat

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Euskirchen —

Regierungsrat Dipl.-Landwirt N. Böcker zum Oberregierungsrat

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Münster —

Regierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. A.-W. Watermann zum Oberregierungsvermessungsrat

Staatl. Forstamt — Neheim —

Forstmeister z. A. Dipl.-Forstwirt D. Dostal zum Forstmeister

Wasserwirtschaftsamt Düsseldorf

Oberregierungs- und -baurat Dipl.-Ing. B. Schrader zum Regierungsbaudirektor

Wasserwirtschaftsamt Hagen

Regierungsbaurat Dipl.-Ing. J. Strohe zum Oberregierungsbaurat

Wasserwirtschaftsamt Lippstadt

Regierungsbaurat Dipl.-Ing. S. Kröger zum Oberregierungsbaurat

Wasserwirtschaftsamt Minden

Regierungsbauassessor Dipl.-Ing. J. Model zum Regierungsbaurat

Wasserwirtschaftsamt Münster

Oberregierungsbaurat Dipl.-Ing. O. Buchner zum Regierungsbaudirektor

Regierungsbauassessor Dipl.-Ing. U. Schendekehl zum Regierungsbaurat

Forsteinrichtungsamt des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Forstassessor Dipl.-Forstwirt V. von Bassewitz zum Forstmeister

Forstassessor Dipl.-Forstingenieur Dr. H. Wachter zum Forstmeister

Staatl. Veterinäruntersuchungsamt Arnsberg

Regierungsveterinär Dr. med. vet. H. Ernst zum Oberregierungsveterinär

Staatl. Veterinäruntersuchungsamt Detmold

Regierungsveterinär Dr. med. vet. K. Flandorffer zum Oberregierungsveterinär

Staatl. Veterinäruntersuchungsamt Krefeld

Regierungsveterinär Dr. med. vet. J. Bieniek zum Oberregierungsveterinär

Regierungsveterinär Dr. med. vet. B. Kleine zur Oberregierungsveterinär

Regierungsveterinär z. A. Dr. med. vet. W. Weis zum Regierungsveterinär

Staatl. Veterinäruntersuchungsamt Münster

Regierungsveterinär Dr. med. vet. K. Flir zum Oberregierungsveterinär

Anstalt für Leistungsprüfungen in der Tierzucht für das Land Nordrhein-Westfalen in Eickelborn

Landwirtschaftsrat Dipl.-Landwirt Dr. F. Lücke zum Oberlandwirtschaftsrat

Es sind versetzt worden:

Regierungspräsident — Düsseldorf —

Oberregierungs- und -baurat Dipl.-Ing. Dr.-Ing. H. M a s s i n g und

Oberregierungschemikerat Dipl.-Chemiker Dr. H. L ü s s e m

an die Landesanstalt für Gewässerkunde und Gewässerschutz Nordrhein-Westfalen in Duisburg

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Düsseldorf —

Regierungsdirektor W. H e r t k e n s an das Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Mönchengladbach —

Oberregierungsrat W. H i n c k e r s an das Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Bonn —

Es sind in den Ruhestand getreten:

Regierungspräsident — Aachen —

Landforstmeister A. H i e r s e k o r n

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Köln —

Oberregierungsvermessungsrat W. B i c k e n b a c h

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Mönchengladbach —

Regierungsdirektor Dipl.-Landwirt Dr. E. W e i t z

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Waldbröl —

Oberregierungsvermessungsrat J. S p i e g e l

Staatl. Forstamt — Monschau —

Oberforstmeister G. L a n d s c h ü t z

Wasserwirtschaftsamt Hagen

Oberregierungsbaurat Dipl.-Ing. R. K a u f m a n n

Es sind verstorben:

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Coesfeld —

Regierungsvermessungsdirektor H. P l a t e n

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Minden —

Oberregierungsvermessungsrat W. B e c k m a n n

Amt für Flurbereinigung und Siedlung — Siegen —

Oberregierungsvermessungsrat Dipl.-Ing. Dr.-Ing. R. B r a a c h

Landesanstalt für Fischerei, Albaum

Oberregierungsrat Dr. H. W. D e n z e r

Staatl. Veterinäruntersuchungsamt Krefeld

Regierungsveterinärtrat Dr. med. vet. E. M a r t e n s

— MBl. NW. 1969 S. 461.

Hinweis

Inhalt des Amtsblattes des Kultusministeriums Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 1 Januar 1969

(Einzelpreis dieser Nummer 0,60 DM zuzügl. Portokosten)

	Seite		Seite
A. Amtlicher Teil			
Personalnachrichten	2	Versetzungsordnung für die Realschulen; hier: Änderungen. RdErl. d. Kultusministers v. 28. 11. 1968	23
Schulbauprogramm für die berufsbildenden Schulen; hier: Ergänzung der Richtlinien für den Bau von Berufsschulen im Lande Nordrhein-Westfalen. RdErl. d. Kultusministers v. 18. 12. 1968	5	Vorläufige Ordnung der Abschlußprüfung des Staatlichen Pädagogischen Fachinstituts zur Ausbildung von Fachlehrern an Schulen. RdErl. d. Kultusministers v. 20. 11. 1968	23
Europäischer Schultag 1969. RdErl. d. Kultusministers v. 2. 12. 1968	5	Verfassung der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; hier: Änderungen. Bek. d. Kultusministers v. 19. 12. 1968	34
Zeugnisse und Bescheinigung über die Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften und Sonderkursen für die Hauptschule. RdErl. d. Kultusministers v. 3. 12. 1968	6	Verfassung der Universität Münster; hier: Änderung. Bek. d. Kultusministers v. 2. 11. 1968	37
Richtlinien für die Beschäftigung und Vergütung wissenschaftlicher Hilfskräfte und studentischer Hilfskräfte an den wissenschaftlichen Hochschulen. RdErl. d. Kultusministers v. 20. 12. 1968	14	B. Nichtamtlicher Teil	
Richtlinien für die Förderung der Studenten an den Universitäten und der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen des Landes Nordrhein-Westfalen. RdErl. d. Kultusministers v. 12. 12. 1968	14	Kurse, Ferienseminare und Hospitationen in England für deutsche Pädagogen 1969	37
Bezeichnung der Sonderschulen. RdErl. d. Kultusministers v. 30. 11. 1968	22	Wanderausstellung über die Berufe der Krankenschwester und des Krankenpflegers in Nordrhein-Westfalen	38
		Buchhinweise	38

— MBl. NW. 1969 S. 462.

Einzelpreis dieser Nummer 0,70 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Westdeutschen Landesbank, Girozentrale Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf,

Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen.
Wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.
Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einsseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 14,— DM, Ausgabe B 15,20 DM.
Die genannten Preise enthalten 5,5 % Mehrwertsteuer.